

Vorlage 210a/2016

Antrag der Fraktionen der FDP, der Tübinger Liste und der CDU

Zur Vorlage 210/2016 –

Projektbericht „Von der Gemeinschaftsschule zum Abitur – Wege für Tübingen“

Die Verwaltung wird beauftragt,

ergänzend und alternativ zu dem mit der Vorlage 210/2016 angekündigten Antrag auf Einrichtung einer eigenständigen gymnasialen Oberstufe für die drei Tübinger Gemeinschaftsschulen

einen Antrag auf Einrichtung eines Schulversuchs zur Schaffung verbesserter Übergangsmöglichkeiten von den Gemeinschaftsschulen auf allgemeinbildende Gymnasien nach dem Modell B (Eingangsklasse plus) für die Standorte Geschwister-Scholl-Schule (mit der GMS Geschwister-Scholl), Wildermuthgymnasium (mit der Gemeinschaftsschule West) und Carlo-Schmid-Gymnasium (mit der GMS Französische Schule) vorzulegen.

Darüber hinaus legt die Verwaltung rechtzeitig vor dem vorgesehenen Termin einer Beschlussfassung über die Einrichtung einer eigenständigen gymnasialen Oberstufe oder eines Schulversuchs zur Schaffung verbesserter Übergangsmöglichkeiten auf allgemeinbildende Gymnasien belastbare Daten zu den finanziellen Auswirkungen im investiven, im personellen und im sächlichen Bereich vor.

Tübingen, 20. Juni 2016

Gez. Dietmar Schöning, Anne Kreim

Gez. Ernst Gumrich, Dr. Christian Wittlinger

Gez. Rudi Hurlebaus, Sandra Ebinger

Die Tatsache, dass das von den allgemeinbildenden Gymnasien entwickelte Modell B eines erleichterten Übergangs von den Gemeinschaftsschulen auf die allgemeinbildenden Gymnasien in der entsprechenden Projektgruppe auf eine sehr positive Resonanz gestoßen ist, wird in der Berichtsvorlage der Verwaltung nicht hinreichend gewürdigt. Inhaltliche Einwände gegen dieses Modell wurden nicht vorgebracht.

Dass die Schulleiter der Gemeinschaftsschulen den Weg einer eigenständigen gymnasialen Oberstufe für den besseren hielten, versteht sich von selbst. Gegen dieses Modell wurden aber ganz erhebliche pädagogische Bedenken vorgebracht. Dass das Modell B die Genehmigung eines Schulversuchs

voraussetzt, ist angesichts der geringen Kosten dieses Schulversuchs (10 bis 12 Lehrerwochenstunden, also ein halbes Lehrerdeputat pro Standort) kein durchschlagendes Argument.

Die bei einer eigenständigen gymnasialen Oberstufe zu befürchtende Gefährdung der kleineren Profile an den beruflichen Gymnasien (sozialwissenschaftliches und biotechnologisches Profil) würde sicher vermieden.

Auch unter finanziellen Gesichtspunkten spricht angesichts der Fülle von ohnehin noch zu finanzierenden dringlichen Aufgaben im Bildungswesen vieles dafür, auf ein nicht zwingend erforderliches Projekt wie die eigenständige gymnasiale Oberstufe der Gemeinschaftsschulen zu verzichten.